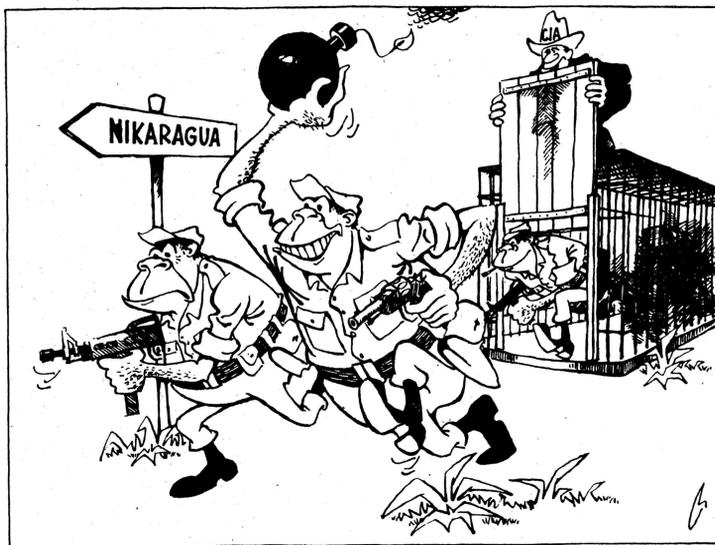


betrachtet die Reagan-Administration die Abhaltung sogenannter freier Wahlen. Damit wird das Ziel verfolgt, die Einsetzung USA-höriger Regierungen abzuschern und deren Aktivitäten auf innen- und außenpolitischem Gebiet als „Volkswillen“ zu legitimieren. Die Wahlfarce in Jamaika 1980 und in El Salvador 1982 und 1984 bestätigen dies auf eindeutige Weise. Wie das Mitglied der Politisch-diplomatischen Kommission der Befreiungsbewegung „Farabundo Martí“ und der Demokratisch-Revolutionären Front (FMLN-FDR) in El Salvador, Norma Guevara, in einem Interview unterstrich, wurden „die Wahlen“ ... von vornherein mit dem Vorsitz geführt, den Krieg gestützt auf eine Regierung fortzusetzen, die sich mit dem Nimbus einer vermeintlichen Legalität umgibt.“

Mit der Billigung und Unterstützung solcher Wahlfarce verbindet sich auch das Ziel der Reagan-Administration, die Voraussetzungen für ein direktes militärisches Eingreifen zu schaffen. Im Falle El Salvadors heißt das, den Einsatz von USA-Streitkräften zur Zerschlagung der nationalen Befreiungsbewegung mit der „Rettung einer demokratisch gewählten Regierung“ rechtfertigen zu wollen.

Eine weitere bedeutende Komponente der verstärkten Stützung reaktionärer Regime in der Region ist die ökonomische Absicherung ihrer inneren Machtverhältnisse. Indem die Reagan-Administration auf die Förderung des Privatsektors setzt, versucht sie, kapitalistische Entwicklungsprozesse zu fördern, um die Abhängigkeit der mittelamerikanischen Staaten von USA-Monopolkapital zu verstärken und sie zu Erfüllungsgehilfen von USA-Zielen zu machen.

Seit Mitte 1983 hat die Reagan-Administration ihre konterrevolutionäre und gegen nationale Befreiungsbewegungen gerichtete Mittelamerikapolitik auf ökonomischem Gebiet um ein wesentli-



Zeichnung: Ulrich Manke (entnommen aus „Horizont“)

ches Element erweitert. Ausdruck dessen sind Empfehlungen einer von Reagan eingesetzten „Nationalen überparteilichen Kommission für Mittelamerika“. Diese Empfehlungen stellen auf Grund ihrer strategischen Ausrichtung und ihres inhaltlichen Umfangs ein Komplexprogramm imperialistischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der mittelamerikanischen Staaten dar. Sie sind vor allem darauf gerichtet, einer „Revolution von unten“ durch eine „Revolution von oben“ zuvorzukommen. Dazu sehen sie umfangreiche Kreditprogramme für die Landwirtschaft, das Gesundheits- und Bildungswesen, Handelsvergünstigungen, Exportförderung, Steuer- und andere Reformen vor. Insgesamt geht es um 8 Milliarden Dollar „Wirtschaftshilfe“ für ausgewählte Länder der Region für die Jahre von 1985 bis 1989.

Wenn USA-Präsident Reagan auch ständig glaubhaft zu machen versucht, daß die „Wirtschaftshilfe“ für Mittelamerika im Rahmen der auf der Grundlage der Empfehlungen verkündeten „Initiative für Demokratie, Frieden und Entwicklung“ vom Februar 1984 die Militärhilfe um ein Vielfaches übersteigt, so ist

das pure Heuchelei und Demagogie. Denn diese Art „Hilfe“ ist doch nur der Schleier, der den militärischen Aufmarsch der USA gegen das sandinistische Nicaragua und gegen die Befreiungsbewegung in El Salvador verhüllen soll.

Der wachsende Widerstand der revolutionären Kräfte Kubas, Nicaraguas und El Salvadors, zunehmende internationale Proteste sowie Massenaktionen in den USA gegen das militärische Säbelrasseln, die politische Drohung und ökonomische Erpressung gegenüber den mittelamerikanischen Staaten machen immer mehr deutlich, daß der Macht des USA-Imperialismus Grenzen gesetzt sind.

Die gegenwärtige abenteuerliche Politik der USA gegenüber Mittelamerika ist historisch zum Scheitern verurteilt. Es darf aber nicht übersehen werden, daß sie in der Gegenwart reale Gefahren für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker in der Region und in der Welt heraufbeschwört.

Detlef Wilke

Wissenschaftlicher Assistent in der
Abteilung Außenpolitik der USA des
Instituts für Internationale Beziehungen an
der Akademie für Staats- und
Rechtswissenschaft der DDR